Apartheid NO! Reminiszenzen an die Solidarität in Ost und West

Vor 30 Jahren, im Februar 1990, signalisierte die Freilassung von Nelson Mandela das bevorstehende Ende der Apartheid in Südafrika. Das Volk von Südafrika, der ANC und seine Verbündeten sowie andere Anti-Apartheidkräfte überwanden das Apartheidregime nach jahrzehntelangem, opferreichen Kampf. Sie waren von einer weltweite Solidaritätsbewegung unterstützt worden. Ein Museum auf der *Liliesleaf-Farm* in Rivonia bei Johannesburg – hier war 1963 fast die komplette Führung des ANC und ihres bewaffneten Arms *Umkhonto we Sizwe* verhaftet worden – ist diesem Kampf gewidmet. Anliegen des Museums ist es auch, seine Besucher mit der damaligen internationalen Solidarität vertraut zu machen.



Präsentationen der Solidarität aus
Norwegen und Schweden folgte im letzten
Jahr auf ausdrücklichen Wunsch von
südafrikanischer Seite eine von der RosaLuxemburg-Stiftung (RLS) geförderte
permanente Ausstellung der solidarischen
Unterstützung aus der DDR für den ANC.
Damit erfahren die Leistungen der DDR in der
internationalen Anti-Apartheidsolidarität eine
hohe Wertschätzung an historischem Ort. In
audio-visuellen Beiträgen kommen zahlreiche
südafrikanische und ostdeutsche Akteure und
Zeitzeugen zu Wort, das verleiht ihr
Authentizität und Lebendigkeit. Zugleich

werden die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in der DDR für Organisation, Aktionsformen und Inhalte der Solidarität sowie der internationale Kontext in Zeiten des kalten Krieges anschaulich dargestellt. Die RLS knüpfte mit einer vergleichenden Darstellung der Solidarität in der DDR und der BRD an das Ausstellungsprojekt an. Ihre Ergebnisse liegen nun in Form einer Webdokumentation und der Publikation "Apartheid No! – Facetten von Solidarität in der DDR und in der BRD vor." https://apartheid-no.de/

Damit ist ein zweifacher Brückenschlag gelungen: der zwischen der Generation der AntiApartheidsolidarität und ihnen nachfolgenden, sowie der zwischen Ost und West: Hier Akteure, die Solidarität in einem Staat lebten, in dem antiimperialistische Solidarität
Verfassungsgrundsatz war und wo zugleich individuelle Freiheitsrechte schmerzhaft beschnitten waren – dort Solidaritätsbewegte, die aus einer lebendigen Zivilgesellschaft heraus gegen ihre Regierung opponierten, weil diese mit dem Apartheidregime kollaborierte – auch auf



militärischem und atomaren Gebiet. Wo gibt es in dem ansonsten recht einseitigen Diskurs über die jüngere deutsche Geschichte schon Begegnungen auf Augenhöhe, die eine kritische Würdigung von Leistungen in Ost wie West erlauben?

Kontakte zwischen Solidaritätsaktivisten, gar Zusammenarbeit, waren unter den damaligen Umständen schwierig. Aber es gab sie, auch im geteilten Berlin. Die Manuskripte für die in der DDR mit Spendenmitteln des Solidaritätskomitees gedruckte ANC-Zeitschrift "Sechaba" hatten auf ihrem Weg von der Redaktion in London über Berlin (West) nach Berlin (Ost) Blockgrenzen zu überwinden. Ein Journalist der Westberliner Tageszeitung "Die Wahrheit" half. Waren die

Manuskripte bei ihm angekommen, vereinbarte er mit seinem südafrikanischen Freund Eric Singh: "We'll meet at uncle Charlie's" (Checkpoint Charlie). Eric lebte in der DDR im Exil und begleitete im Auftrag des ANC die Drucklegung von "Sechaba".

Angesichts akuter Bedrohungen für die Fortexistenz unseres Planeten ist internationale Solidarität für die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen, für Frieden und Gerechtigkeit notwendiger denn je. "Angesichts immer engmaschigerer Vernetzung und kaum noch zu kappender Interdependenzen", so schreibt Peter Wahl in der o.g. Publikation, "sind internationalistisches Denken und Handeln als Leitbild emanzipatorischer Politik unverzichtbar. Allerdings reicht nicht mehr allein der Wille, die Welt verändern zu wollen, es kommt auch darauf an, sie noch gründlicher zu interpretieren." Und die Macher der Webdokumentation fordern dazu auf, neue emanzipatorische Konzepte zu entwickeln, Räume zu besetzen und zu gestalten: Auch wenn die Linke sich in den kapitalistischen Zentren in der Krise befinde, sei die Suche nach einem "Neuen Internationalismus" dringend nötig.

Ilona Schleicher